

Guido Wolf

**„Was sofort getan
werden muss.“**

**Sofortprogramm
einer CDU-geführten
Landesregierung**

8. März 2016

Die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs ist auch eine Geschichte der richtigen Politik für dieses Land. CDU-geführte Landesregierungen haben mit dafür gesorgt, dass sich Baden-Württemberg gegenüber anderen Ländern einen Vorsprung erarbeiten konnte. Mit einer Politik, die Balance gehalten hat: zwischen Freiheit und Sicherheit, zwischen Eigenverantwortung und Miteinander, zwischen zukunftssträchtigen Investitionen und solider Sparsamkeit.

Daran möchte ich, daran wollen wir anknüpfen: In einer CDU-geführten Landesregierung werden wir ab dem 13. März den Schwerpunkt der Arbeit wieder auf die Probleme und Herausforderungen lenken, die die Mitte der Gesellschaft betreffen: Ein begabungsgerechtes Bildungssystem, moderne und bedarfsgerechte Verkehrswege, die Möglichkeit, das Leben sicher und frei gestalten zu können sowie eine innovative Wirtschaft mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Direkt nach dem Regierungswechsel werden wir den kompletten Landeshaushalt und insbesondere das Ausgabeverhalten des Landes auf den Prüfstand stellen, um Spielräume zur Finanzierung neuer Aufgaben und Schwerpunkte zu ermitteln und herzustellen. Mit einem Bündnis für Bürokratieabbau mit den Kommunalen Landesverbänden, Kreisen und Kommunen sollen der Staat verschlankt, Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung entlastet und weitere Investitionen auf allen Ebenen ermöglicht werden.

*Grundlage und Richtschnur der Regierungspolitik einer von mir geführten Landesregierung ist das „Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg 2016-2021 - Gemeinsam. Zukunft. Schaffen.“ **In den ersten Wochen und Monaten wollen wir dabei folgende Prioritäten setzen:***

1. Bildung wird wieder Herzstück der Landespolitik

Durch die Einführung der Gemeinschaftsschule zu Lasten von Realschulen und Gymnasien sowie die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat Grün-Rot die Axt an das erfolgreiche baden-württembergische Bildungssystem gelegt. Diese Fehlentwicklungen werden wir korrigieren. Dazu gehört die **umgehende Beendigung der Benachteiligung von Realschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen** bei finanzieller und personeller Ausstattung. Wir werden **keine neuen Gemeinschaftsschulen** einrichten. Im Bereich der frühkindlichen Bildung werden wir die **Bildungshäuser für 3-10-Jährige auch über das Schuljahr 2015/2016 hinaus finanzieren** und die Weichen für einen weiteren Ausbau dieses wegweisenden Konzepts stellen. Die von Grün-Rot erstellten **Bildungspläne werden wir umgehend überarbeiten**. Mit **Informatikunterricht an allen Schularten** werden wir den Grundstein für die Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft in Baden-Württemberg legen.

2. Pragmatische Verkehrspolitik für Menschen und Wirtschaft

Eine gute Verkehrspolitik muss Mobilität fördern anstatt sie einzuschränken. Sie muss die Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft aufnehmen und Stauschwerpunkte abbauen anstatt einzelne Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Beim **Bundesfernstraßenbau wird es mit uns keine unnötigen Planungsstopps geben. Vielmehr werden wir mehr Mittel für neue Planungen bereitstellen**, um dafür zu sorgen, dass die Gelder des Bundes künftig vollumfänglich abgerufen werden können. Im **Landesstraßenbau werden wir in unser Programm für Bau und Erhalt in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro einsteigen** und eine verlässliche Planungs- und Finanzierungsgrundlage für die anstehenden Projekte schaffen. Grün-Rote **Planungen zu generellen Tempolimits und Fahrverboten werden wir sofort und dauerhaft beenden.**

3. Die Polizei stärken

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und der Schutz vor wachsender Kriminalität gehören für uns zu den Kernaufgaben landespolitischer Verantwortung. Wir wollen, dass Baden-Württemberg wieder zum sichersten Bundesland wird. Hierzu werden wir insgesamt 1.500 zusätzliche Stellen für Polizistinnen und Polizisten schaffen. Bereits zum kommenden Einstellungstermin im Herbst 2016 werden wir die **Voraussetzungen dafür schaffen, die ersten 300 zusätzlichen Anwärterinnen und Anwärter ausbilden zu können.** Der mit rund 1,3 Millionen aufgelaufenen Überstunden offensichtlich gewordenen **Überlastung der Polizei wollen wir darüber hinaus durch zeitnahe Auszahlung der Überstunden und Zeitausgleich entgegenwirken.** Auch in die **Ausrüstung werden wir direkt nach der Wahl investieren:** Schutzausstattungen und Körperkameras werden helfen, die Sicherheit für die Polizei und die Menschen gleichermaßen zu erhöhen. Bislang durch die Landesregierung **zurückgehaltene Kriminalstatistiken werden wir umgehend veröffentlichen.** Im Rahmen von **Sicherheitspartnerschaften** sollen sowohl auf Landes- als auch Kreisebene alle relevanten Akteure im Bereich Sicherheit regelmäßig an einen Tisch gebracht werden, um die Sicherheitslage in ganz Baden-Württemberg weiter zu verbessern.

4. Die Möglichkeiten des Landes in der Flüchtlingspolitik nutzen

Zur Umsetzung der Beschlüsse des Karlsruher CDU-Parteitages im vergangenen Jahr wollen wir seitens des Landes Maßnahmen ergreifen, die zu einer Begrenzung des Flüchtlingszustroms nach Baden-Württemberg führen. Dazu gehören die **unverzügliche Zustimmung zur Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten** im Bundesrat und die tatkräftige **Unterstützung der Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel.** Ebenfalls gehört hierzu die sofortige **Umsetzung des Sachleistungsprinzips** in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften. Auch in der Integration wollen wir neue Wege beschreiten. Es genügt nicht, nur Integrationsangebote zu machen. Wir wollen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende sie auch annehmen müssen. Ein **Integrationsführerschein**

soll Deutschkurse, Wertevermittlung und praktische Alltagserfahrungen bündeln. Den Kommunen wollen wir bei den Ausgaben für Anschlussunterbringung und Integrationsmaßnahmen zur Seite springen, damit diese nicht auf Kosten anderweitiger kommunaler Angebote und Projekte gehen. Umgehend nach der Wahl werden wir hierzu Verhandlungen mit den Kommunalen Landesverbänden aufnehmen.

5. Allianz für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg

Mehr bezahlbarer Wohnraum, gleichzeitig hohe ökologische Standards und Förderung innovativen Bauens sollen Eckpunkte einer **Allianz für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg** mit Vertretern der Immobilienwirtschaft, der Kommunen, der Bausparkassen, der Architekten, Ingenieure und Stadtplaner sein, die eine CDU-geführte Landesregierung innerhalb der ersten 100 Tage initiieren wird. Wir brauchen in Baden-Württemberg neue Wege des Bauens und weniger bürokratische Hürden, um Menschen und Familien Perspektiven zum Wohnen zu eröffnen. Wir werden deshalb unnötige **Bürokratiekosten abbauen und die Landesbauordnung konsequent entrümpeln**. Zusätzliche Vorgaben der grün-roten Landesregierung wie die Verpflichtung zur Einrichtung überdachter Fahrradabstellplätze oder die Begrünungspflicht werden sofort abgeschafft. Die **Ausweisung von Bauland durch die Kommunen werden wir wieder vereinfachen** und den **Ersterwerb von Wohneigentum soweit möglich von der Grunderwerbssteuer freistellen**, um gerade jungen Familien den Traum vom eigenen „Häusle“ zu vereinfachen.

6. Baden-Württemberg auf dem Weg zum „Smart Valley“

Die Zusammenlegung von Finanz- und Wirtschaftsministerium durch Grün-Rot war ein Fehler. Wir werden im Rahmen der Regierungsbildung wieder ein starkes **Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Digitalen Wandel** schaffen, das sich voll und ganz den Herausforderungen der Wirtschaft und der **Umsetzung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie** widmen kann. Die Rolle des Staates ist es dabei auch, den Aufbau notwendiger Infrastruktur zu unterstützen. Die **Breitbandförderung darf sich deshalb nicht nur auf den Ausbau für Privathaushalte konzentrieren, sondern muss gerade auch den Anschluss des Gewerbes im Auge haben**. Umgehend nach der Regierungsübernahme wird es deshalb eine Bestandsaufnahme über den Anschluss von Mittelstand und Unternehmen an das schnelle Internet geben, auf deren Grundlage die Förderrichtlinie grundlegend überarbeitet und mit Mitteln in Höhe von 500 Millionen ausgestattet wird.

7. Entwicklungschancen für den Ländlichen Raum

Wir wollen neue Anreize schaffen, damit sich Menschen und Unternehmen im Ländlichen Raum niederlassen und dort ihre Heimat finden. Dabei spielen Lebensqualität und Landschaft, aber auch Infrastruktur und ärztliche Versorgung vor Ort eine wichtige Rolle. Um letztere sicherzustellen, werden wir direkt nach der Wahl mit einem **Landärzte-**

Stipendium ein Modellprojekt initiieren, das die Hausarztstätigkeit für junge Medizinerinnen und Mediziner interessanter machen soll. Dem Naturschutz und der Umweltpolitik wollen wir nicht wie Grün-Rot durch weitere Vorschriften und Eingriffe, wie etwa in das Eigentum, Rechnung tragen, sondern im Miteinander mit Menschen und Unternehmen. Die **Regelungen im Bereich Landwirtschaft - zum Gewässerrandstreifen und zum Grünlandumbruchverbot - sowie das Jagdrecht werden wir deshalb unmittelbar nach der Wahl mit den und nicht wie von Grün-Rot praktiziert gegen die Betroffenen überarbeiten.**

8. Familiengeld Baden-Württemberg

Das auslaufende Betreuungsgeld des Bundes ist in Baden-Württemberg eine Erfolgsgeschichte, von der mehr als jährlich 100.000 Familien profitieren. Sie wollen wir nicht im Regen stehen lassen. Die entsprechenden **Mittel, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, werden wir als „Familiengeld Baden-Württemberg“ den Familien zu Gute kommen lassen.** Dabei wollen wir auch solche Eltern unterstützen, die sich für eine Betreuung ihrer Kinder zuhause entscheiden.

9. Den demografischen Wandel gestalten

Die Menschen in Deutschland werden älter, weniger Kinder werden geboren und die Gesellschaft ändert sich - nicht zuletzt durch die gestiegene Zuwanderung. Diese Entwicklungen sind eine große Herausforderung für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Es geht darum, Wachstum und Wohlstand für künftige Generationen zu sichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und für gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebensqualität in Stadt und Land zu sorgen. In einer CDU-geführten Landesregierung wird sich von Beginn an **eine Demografiebeauftragte bzw. ein Demografiebeauftragter um die Koordinierung und konsequente Bearbeitung dieses Querschnittsthemas über alle Ressorts und Zuständigkeitsebenen hinweg kümmern.**

10. Starke Frauen braucht das Land

Unser Ziel ist es, künftig deutlich mehr Frauen in Führungspositionen zu haben - in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Eine bessere Vereinbarkeit von Karriere und Familie, gleiche Aufstiegschancen und gleiche Bezahlung müssen selbstverständlich sein und sind von größter Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Die Politik muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen: **Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb etwa zur Hälfte aus Frauen bestehen.**